

**Bezugsgebühr:**

Monatsheft 2 M. 20 Pf. dann  
die Post 5 M.

Die Dresden Nachrichten erscheinen  
jedoch Morgens; die Beleger in  
Zentral und der nächsten Umgebung,  
um die Särgung durch einen Kasten  
und einen Kasten an Wohnung, die  
nicht aus Eisen, aber Bleiern folgen,  
so dass die Thüringen können.  
Morgens geschafft.

Während eingetauchter Schrift,  
nicht ohne Verbindlichkeit.

Berndrechthalbach:  
Post 1 M. 10 R. 20 Pf.

Telegramm-Adresse:  
Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15  
empfiehlt in grösster Auswahl:  
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und  
Landwirtschafts-Geräthe.

Gegründet 1856

**H. Kumpert**  
Café König.  
Waisenhausstr. 15.  
Stets moderne und seine Neuheiten in Regenschirmen.  
Schirm-Zeichnen in wenigen Stunden.

**Kuechhustensaft** (Edelkastanienextrakt)  
Flasche 75 Pfennige,  
**Kuechhustenplaster,** à 30 Pfennige,  
vorzügliche, zuverlässige Mittel zur Linderung und schnellen  
Beseitigung des Kuechhusten. Vorwand nach anwirkt. \* \* \* \* \*  
Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthal.

Telegr.-Adresse:  
Nachrichten, Dresden.

**Julius Schädlich**  
Am See 16, part. u. 1 Et.  
Besuchungs-Gesellschaft



Petroleum und Gas  
elektrisch und Licht

**Oswald Funke, Schirmmacher**  
Bürgerstr. 44 Dresden-Pieschen Bürgerstr. 44  
Annahme von Inschriften und Abonnements für die  
„Dresdner Nachrichten“.

**Carl Wendschuch, Struvestr. 11.**

**Katzenfell-Unterkleidung**

hygienische, poröse, System Weiblen,  
Gebräuchs-Muster No. 82 881, empfiehlt  
Gicht- und Rheumatismus-Leidenden

**Wk. 25. Spiegel:** Österreichischer Reichsrath. Medizinische Prüfungen. Kohlennoth und wucher. Landesversicherer. Bluthaus. Witterung: Frost. **Freitag, 25. Januar 1901.**

**Der neue österreichische Reichsrath.**

Der neue österreichische Reichsrath, der am 31. d. M. zusammentreten wird, ist das interessanteste aller Parlamente der Welt genannt worden. Jedenfalls darf er mehr Interesse besaßen als der deutsche Reichstag. Dazu gehört nun freilich berglich wenig: denn den Verhandlungen dieser „Volkswertretung“ wird wohl Niemand das Präsent der Langeweile streitig machen können, selbst Diejenigen nicht, die im Palast am Königsplatz in Berlin unter dem Auftakt der Deutschnationalität dem Rededreßlich optieren müssen. Aber einen Vorzug besitzt der deutsche Reichstag vor dem Wiener Reichsrath entschieden doch: seine Arbeitsschärfe steht außer Zweifel, obwohl seine Sitzungen in der Regel nur von anderthalb Dutzend Mitgliedern besucht werden und die Heiltschäftigkeit eine seltene Ausnahme bildet, während die österreichische Volkswertretung seit vier Jahren außer Stande ist, ihre wichtigsten Funktionen zu erfüllen, aber nicht etwa weil ihre Mitglieder durch Abwesenheit glänzen, sondern weil sie ihre Unselbst zum Theil in so stümmer Weise befinden, daß das Einbruch die parlamentarische Anarchie ist.

Bei dem Zusammentritt des neuen österreichischen Parlaments wird wiederum die Haftfrage, ob es arbeitsfähig sein wird. Die Arbeit, die sich auf die beiden Reichshälfte der habsburgischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten beziehen, wie die Wahl der Mitglieder der Delegation und die Beratung des gemeinsamen Budgets, hat der Reichsrath stets erledigt; er verfügt, wenn es sich darum handelt, die innerpolitischen Aufgaben des österreichischen Kaiserstaates, also des eigenen Landes, zu erfüllen. Das lechte Mal ist es die tschechische Obstruktion gewesen, welche die Arbeitsschärfe herbeiführte und dem Dokument des verlorenen Reichsrathes ein vorzeitiges Ende bereitete. Es fragt sich daher zunächst, ob die tschechische Obstruktion wiederkehren wird. Offenbar hat bei den Junggesellen der Wille zur Obstruktion durch die Wahlbewegung und die Ergebnisse der Neuwahlen eine Förderung nicht erfahren. Die Gewaltpolitik, die das Parlament leistungsfähig machen sollte, hatte das Ziel im Auge, die Tschechen zu Gunsten der nationalen Interessen des tschechischen Reichstums zu erzielen. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden; die Tschechen dürfen vielmehr inzwischen eingesehen haben, daß die Wiederannahme der Obstruktion davon noch weiter entfernt müsse. Der Obstruktionsgedanke ist in dem Wahlkampfe in den Hintergrund getreten und die Erfahrungen, die seine bisherigen Vertreter dabei gemacht haben, gewähren keine Ermutigung, den Radikalismus der jungen Tschechen auf die jüngsten Spitzen zu treiben. Die Verluste, welche die Funktion der Junggesellen erhalten hat, enthalten eher eine Mahnung zur Mäßigung und zur Heiltschäftigkeit. Sieben Mandate haben die Junggesellen an Stimmengenossen abtreten müssen, bei denen agrarische und clerikale Tendenzen vorherrschen. Die Wahl dieser sieben agrarisch-clerikalischen Gedanken wird hauptsächlich auf die moralische Unterstützung des Erzbischofs Lohn von Olmütz zurückgeführt, und dieses Eingreifen des höchsten mährischen Kirchenfürsten, das zugleich auf die Zulassung der böhmischen Geistlichkeit nicht ohne Einfluss bleiben konnte, wird als eine Wirkung der Wünsche angesehen, die in der Wiener Hofburg gedacht worden sind. Kaiser Franz Josef hat die revolutionäre Politik des jungen Radikalismus so unmissverständlich und entschieden genehmigt, daß die Junggesellen sicher sein würden, daß sie von Seiten der Krone und der Regierung auf die geringste Willkürfreiheit ihren nationalen Ansprüchen gegenüber nicht mehr zu rechnen haben, sobald sie die Revolution wiederholen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sie zunächst eine abwartende Taktik beobachten, die für sie um so schwerer geben ist, als ihre eigene Politik bedingt wird durch die Verteilung, welche die deutschen Parteien einnehmen werden.

Die Neuwahlen haben die parlamentarische Situation für das Deutschland günstiger denn jemals gefasst. Wenn in allen deutschen Parteigruppen einerseits der nationale Gedanke so stark vorherrschen würde, daß er alle fraktionellen Interessen gegenläge und überlappende Momente zurückdrängen vermöge, und wenn andererseits zugleich auch allenbalten in den Reihen der parlamentarischen Vertreter des deutschen Volkes dem allgemeinen österreichischen Staatsgedanken, die gebührende Rücksichtnahme zu erwarten wolle, so würde jetzt der Moment gekommen sein, wo sich das Deutschland im Reichsrath als eine Macht geltend machen kann, mit der die Regierung unter allen Umständen rechnen muß. Wenn die Deutschen im österreichischen Abgeordnetenhause einschließlich und sehr zusammenhängend, wo es sich um die Abwehr neuer Angriffe auf ihren nationalen Besitz über um die Durchführung bedeutender Forderungen zur Wahrung ihres Volksstamms handelt, so müssen sie unbedingt und siegreich bleiben. Die ehemalige Wehrhaftigkeit der Rechten ist auseinandergegangen und gerade diejenigen deutschen Fraktionen, die sich früher um ihre ultramontanen Gefüße wölben in derVertretung der deutchnationalen Forderungen als unüberwindlich erwiesen, haben dafür durch die Wahlen einen so ausgewanderten Denkhettel erhalten, daß sie nunmehr der Selbstbehauptungskräfte zwinge, dem nationalen Gedanken Rechnung zu tragen. Den Hauptfaktor bei dem Zusammengehen der deutschen Parteien bildet diesmal die deutschaduale Gruppe, die mit ihren 22 Mandaten die größten Erfolge bei den Wahlen davongetragen hat. Darauf wird es vor Allem ankommen, ob sich diese Gruppe, die jetzt numerisch in's Gewicht fällt, absolut unempfindlich erweisen wird für eine zwar entstehende, aber immerhin mögliche Nationalpolitik, welche die Staatsverhältnisse Gefügung nicht voraussetzt und nicht außer Acht läßt, daß sich das parlamentarische Leben zumeist nur auf dem Wege der Kompromisse entwickelt. Die Frage, ob es zu einer eingetretene einheitlichen

Politik der deutschen Gemeinschaft kommen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht beantworten. Steht doch noch dahin, ob sich die Deutschen Adelsaten zu einem selbständigen Verband zusammenführen werden. Schönerer stellt hierfür Forderungen auf, die kaum geeignet sein dürften, allen Deutschadulaten darunter eine gemeinsame Operationsbasis zu bieten. Sein Programm hat einen ausgeprägten protestantischen und altdutschen Charakter. „Los von Rom“ ist die eine Forderung, der Anschlag an das Deutsche Reich die andere. Diejenigen Abgeordneten, die noch nicht „los von Rom“ sind, sonst aber die altdutschen Grundsätze anerkennen, sollen der Schönerer-Gruppe zunächst nur als Gäste angehören. Wolf, der zweite Führer der Deutschadulaten, und die Mehrheit seiner neu gewählten Anhänger scheinen zu dem Schönerer'schen Programm noch nicht endgültig Stellung genommen zu haben. Wolf hat zwar erklärt, er würde sich lieber die rechte Hand abbauen, ehe er sich dazu herbeileite, mit Schönerer nochmals, es handle sich nur darum, Verfehlserklärungen zu verbünden. Wenn im Übereiter Zehe und Übereitung vorkommen, so werde er dem steuern, aber jedenfalls müsse auf genauer Adressierung bestanden werden. — Abg. Ruppert (Sav.) äußert sich im Sinne der Interpellanten und leistet auch die Anschwörung des Verhandlungsrats, sowohl gegen die Polen wie auch gegen die Sozialdemokraten, gegen letztere natürlich in Sachen. — Abg. Fürst Radziwill (Pole) betreibt, daß die Polen politische Agitation betrieben. — Abg. Müller-Sagan (frei. Pol.) meint, es handle sich hier offenbar um eine Chilane. — Staatssekretär v. Bodenbissi erwidert nochmals, es handle sich nur darum, Verfehlserklärungen zu verbünden. Wenn im Übereiter Zehe und Übereitung vorkommen, so werde er dem steuern, aber jedenfalls müsse auf genauer Adressierung bestanden werden. — Abg. Dr. von Hoffmann (Pole) führt an einer Stelle in ein Brief zurückgebracht worden mit einem Schreiben des Inhalts „weil polnische Aufschriften unzulässig“; ein anderes Schreiben habe gelautet: „Nur deutlich gedruckte Adressen sind zulässig, lateinische sind ebenso unzulässig wie polnische.“ — Abg. v. Stauff (Som.) stellt fest, daß es sich lediglich um eine Verwaltungsmaschine, die gar keinen politischen Charakter habe, handelt. — Abg. Gattler (not-lib.) führt aus, ähnliche Agitationen, wie sie sich bei uns die Polen erlaubten, würden in einem anderen Lande gebündet werden. Den Standpunkt des Staatssekretärs in Bezug auf Einschreibebriefe und Verfehlserklärungen sowie er nicht als unrechts ansehen, denn er wisse, welche Schwierigkeiten es jungen Postbeamten mache, Sendungen mit auch nur teilweise politischen Worten richtig zu behandeln. Es werde ja auch nur beweist, die Postverwaltung zu zwingen, Beamte anzutun, die nicht nur der politischen Sprache mächtig, sondern auch bereit seien, sich den politischen Agitationen anzuschließen. Charakteristisch sei ja auch das Wort, das dem Abg. v. Ziemondt entlockt ist: „Da wir Polen uns hier ausnahmlich in der Abwehr befinden“, die Polen seien in immer die Angreifer. — Abg. Boderscheer (El.) ist überzeugt, daß hier lediglich politische Motive vorliegen. — Abg. Dr. von Inzki (Pole) bezeichnet die Angabe des Staatssekretärs über eine offensichtlich vorbedachte plötzliche Hochstift politischer Adressen als Legende. — Abg. Schreyer (Som.) in einem polnischen Reichstag würde eine deutsche Minorität nicht so behandelt werden wie Sie hier. (Anrede bei Polen und Centrum). Sie sollten froh sein, daß Sie eine solche Post haben. — Abg. Haumann (Sud. Pol.) Schreyer's Ausführungen über den polnischen Reichstag seien nun gezeigt gewesen. Landsleute polnischen Ursprungs zu verzieren. (Rufe: Sehr richtig!) — Abg. Schremm: Ich weiß ja, daß sich die Süddutsche Demokratie an Vaterlandslosigkeit von Niemand überreden lässt. (Großer Lärm lins.). Präsidient Graf Ballietz: Herr Abgeordneter, wenn Sie einen solchen Vorwurf gegen ein Mitglied dieses Hauses... (Rechner lädt fort: Nein, ich habe die Süddutsche Demokratie in Süddeutschland gemeint. (Gelächter lins)). Damit schlägt die Bevölkerung. Um 5/4 Uhr beginnt die erste Beratung der Chancellenervorlage. — Abg. Graf Stolberg (Som.): Die Vorlage wolle den Invaliden und Leitern die gleichen Vorrechte zuwenden wie denen aus früheren Kriegen. — Reichsanziger Graf Bülow: Ich erkenne diese Forderung auch als berechtigt an (Rufe) und auch als dringlich. (Rufe) Es darf auch eine gleiche Aufhebung der Invaliden aus früheren Kriegen und ihrer Heilten nicht verzögert werden; ich werde das Erforderliche noch in dieser Session veranlassen. (Siegfall). — Hieraus folgt Beratung. Morgen 1 Uhr: Fortsetzung der Beratung vom Est. (Schluß nach 5/4 Uhr).

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Graf Ballietz wird mit der Kaiser habe für die geistige Rundgebung des Reichstags dementsprechend vorsichtig und duldsam auszutüftzen. — Abg. Dr. Ziemondt (Som.) begründet seine Interpellation betreffend Richtbefreiung von politischen Sendungen mit polnischer Adressierung unter Ausführung zahlreicher Fälle, in denen Postsendungen zurückgewiesen bzw. nicht befunden wurden, weil sie ganz oder zum Theil politische Aufschriften trugen. Selbst Sendungen an eingetragene Firmen in Polen mit genauer Angabe von Straße und Nummer seien wegen einer dabei vorgekommenen Bezeichnung in polnischer Sprache nicht angenommen worden. In einem Falle habe der Empfänger eines ganz ordnungsgemäß adressierten weihnachtlichen Poststoffs sogar noch, wer weiß wie viel Vagabed zahlen müssen. (Heiterkeit). Ein in Polen aufgegebenes Paket mit der durchweg deutschen Adresse: „Auf d. H. in Krakau (Gallzien)“ wobei aber der Vorstift halbwegs außerdem noch die polnische Bezeichnung für Galizien hinzugesetzt war, habe der Postbeamte in Polen gar nicht erst nach Krakau geben lassen, sondern schon in Polen selbst als unbestimmt bezeichnet. Dabei ist dem Weltpostvertrag zufolge der Gebrauch einer fremden Sprache auf der Adresse überhaupt kein Hindernis für die Beförderung einer Poststrophe. Einfache Briefe mit volkischer Adresse würden neuerdings kaum noch befunden, dagegen einige schwierige Briefe und Verfehlserklärungen. Weshalb dieser Unterschied? Die Post zum Zummelplatz politischer Streitigkeiten zu machen entstünde doch wieder der Würde noch der Aufgabe der deutschen Post. — Staatssekretär v. Bodenbissi: Ich bin überzeugt, daß das ganze Haus und die ganze deutsche Bevölkerung nach meinen Ausführungen zu einem ganz anderen Reaktion kommen wird, als der Herr Vorredner. (Große Heiterkeit bei den Polen und im Centrum). Jawohl, ich werde Ihnen beweisen, daß die Provokation von den Herren ausgeht. Der Staatssekretär legt dann fort, daß eine genaue, deutliche und bestimmte Adresse nötig ist, so wie es in der Postordnung. Die Adresse dürfe zu seinem Reichsverhältnis Unrecht breiten, sonst sei keine Bestellung möglich. Die Postverwaltung habe jährlich mit 150 000 Poststücken ohne Adresse zu ihm, davon in Berlin allein 16 000. (Rufe: Das ist ja etwas ganz Anderses). Das Publikum solle auf genaue Adressierung hinzuwirken. Neuerdings sei in Folge einer Auflösung in polnischen Blättern eine wahre Hochstift von Adressen mit polnischen Worten vertreten. Er habe keine weitere Verfügung aus diesem Anlaß ergehen lassen, um nicht noch Del's Reuer zu erleben. In einer Reihe deutscher Beispiele (Solonitierung von Namen wie Glogau und Neisse u. s. w.) legt Redner dar, wie stark der Nationalismus der Polen sei. Irgend etwas sei seitens der Reichspostverwaltung nichts ergangen, sie befände sich also nur im Stande der Abwehr. Was soll nun geschehen? Sagen Sie Ihrem Publikum, daß es mit der Agitation aufhort, machen Sie der Postverwaltung keine Schwierigkeiten, denn sie ist ja für Alle da, veröffentlicht Sie meine Reden in den Blättern. (Große Heiterkeit). — Abg. Roeren (Cent.) muß gestehen, daß ihm die Rede des Staatssekretärs zum größten Theil unverständlich war. (Heiterkeit). Es handle sich hier gar nicht um Poststücken mit ungenauer Adresse, auch nicht darum, wer etwa die Boerner Oberpostdirektion provoziert habe, sondern nur um Nichtbeachtung von Postsendungen mit hinreichend genau bestimmter Adresse, und da habe doch der Interpellant fast unglaubliche Dinge erzählt. Viele weil sich politische Worte noch auf der Adresse befinden, eine volkliche Titulatur, seien Briefe nicht befunden worden, während Briefe mit englischen Titulaturen befunden würden. Die Post dürfe sich feindselig zu politischen Zwecken gebrauchen lassen, sondern solle nur ihres Amtes als Verkehrsinstanz walten. — Staatssekretär v. Bodenbissi: Während meiner 30jährigen Amtszeit ist die Post nieleiht, niemals Postkabinett für meine Verwaltung gewesen. (Rufe: Na, na!) Bei einfachen Briefen, die gebe ich zu, hat der Vorredner Recht, aber bei Briefen, für welche die Post die Verantwortung übernimmt, müssen wir eine Adresse haben, die nicht mißverstanden werden kann. Die Polen haben uns ja auch früher

berichtet, die Interpellanten mit der Bezeichnung des Chancellenats zu erläutern. Hier nächste Woche ist die Bezeichnung des Chancellenats in Aussicht genommen. — Die Justizkommission des Reichstags berichtet die erste Sitzung der Beratung der Antworte auf Aenderung der Strafprozeßordnung u. s. w. Der Beginn der zweiten Bezeichnung wurde auf den 30. Januar angelegt. Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus nahm die Novelle zum Marktleiter an und leitete dann die Bezeichnung der Interpellation betreffend Verhüllung von Eisenbahngüterfällen fort. Eisenbahminister v. Bielken wies entkräfte die vom Interpellanten eingehobenen Anklagen der Eisenbahnmacherei und Provinzialsenat auf. Die Polen beweisen wie gewisse Beschuldigungen in der Presse, wie die, daß die preußische Staatsbahndirektion gegen Sachsen in geradezu verbrecherischer Weise vorgehe. In Wirklichkeit lebe die preußische Bevölkerung mit Sachsen in bestem Einvernehmen. Weiter wendet sich der Minister gegen Vorwürfe des Abg. Macco (not-lib.) über zu langsame Vorgänge der Bevölkerung bei Einführung von Verbesserung. Abg. Breiten (Cent.) stellt fest, daß die Errichtung des Ministrers bishüllende Maßnahmen zur Verbesserung von Gütern sehr entgegenkommen gewesen sei. Nachdem sich noch Abg. Zell (Som.) und Munkel (frei. Pol.) betreut als Mitinterpellant, an der Bezeichnung beteiligt hatten, wurde diese geöffnet. Darauf begründet Abg. Dr. v. Horn (Som.) seinen Antrag auf Erteilung geeigneter Maßregeln zur Beseitigung der Missstände bei dem Vergleich der Kohlenproduktion und der daraus entstehenden sozialen und materiellen Schaden. Minister Breiten erklärte sich bereit, in einer Kommission über die Sache zu berathen. Die Kohlenabgabe an Händler sei von 23 auf 15 Prozent der Gesamtproduktion zurückgegangen. Ganz entbelten könne man die Händler nicht, auch den Export nicht ganz hindern. Am